

Verantwortliche Redakteure.
 Für den politischen Theil:
 G. Fontane,
 Für Feuilleton und Vermischtes:
 J. Kleinbach,
 Für den übrigen redakt. Theil:
 J. Schmiedeknecht,
 sämtlich in Posen.
 Verantwortlich für den Inseratenteil:
 J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 828

Mittwoch, 26. November.

1890

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagzeilige Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

7. Sitzung vom 25. November, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Erbschaftssteuergesetzes.

Geh. Regierungsrath Rathgen macht auf die wesentlichsten Aenderungen aufmerksam, welche der vorliegende Entwurf gegenüber dem von 1873 enthält. Dieselben bestehen erstens in der Aufrechterhaltung des Unterschiedes zwischen bedingten und unbedingten Erbschaften aus einer Erbschaft, so daß nur dann die Steuer erhoben werden soll, wenn die Bedingungen wirklich eingetreten sind. Zweitens soll jetzt bei der Erhebung der Erbschaftsteuer nicht mehr wie früher die Staatsangehörigkeit, sondern der Wohnsitz maßgebend sein. Endlich soll, den veränderten Geldverhältnissen entsprechend, nicht mehr in Zweifelsfällen der Zinsfuß von 5 Proz. als maßgebend angenommen werden. Redner bittet, den Entwurf in der Kommission vorzubereiten.

Abg. Dr. Mithoff (nl.): Wenn ich mich auch jetzt gegen die Vorlage erkläre, so will ich doch nicht den Plan einer Erbschaftsteuer kurzerhand und für immer abweisen. Erst wenn wir die Einkommensteuerreform durchgeführt und das Staatssteuersystem allein auf den Personaleinkommen aufgebaut haben, werden wir vor der Frage stehen, das fundierte Einkommen stärker heranzuziehen, als das Einkommen aus Arbeitsleistungen, eventuell durch eine Erbschaftsteuer. Unsere gegenwärtige Erbschaftsteuer liefert allerdings im Vergleich zu anderen Ländern einen außerordentlich niedrigen Ertrag. Eine wesentliche Ausdehnung der Erbschaftsteuer ist also an und für sich sehr wünschenswerth und leicht möglich. Viele Erbschaften erscheinen ja als ein außerordentliches Vermögenszuwachs, als ein zufälliger Gewinn. Etwas anderes ist das aber bei den Erbschaften zwischen Ascendenten und Descendenten; da würde eine Belastung der Erben als ungerechtfertigt angesehen werden. Ein großer Theil meiner Fraktion wird aus diesen Gründen gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Richter: Abgesehen von der neuen Steuerpflicht für Descendenten, Ascendenten und Ehegatten, welche auf keiner Seite Anhang findet, habe ich keinen Grund, mich einzelnen technischen Verbesserungen in dieser Gesetzesvorlage von vornherein entgegenzustellen. Auf der anderen Seite aber, wenn man solche Einzelverbesserungen in Betracht zieht, dann braucht man gerade nicht bei dem stehen zu bleiben, was die Regierung vorschlägt. Dann möchte ich auch einige kleine Wünsche berücksichtigt finden. Zunächst würde ich es für gerechtfertigt halten, bei denjenigen Kategorien, die jetzt steuerpflichtig sind, das steuerfreie Minimum in Anbetracht der veränderten Geldverhältnisse heraufzusetzen. Dasselbe beträgt gegenwärtig nur 150 Mark, aber bei solchen kleinen Erbschaften steht die Unannehmlichkeit der Einmischung von Beförden in die Vermögensverhältnisse in gar keinem Verhältnis zu dem Betrag, der daraus in die Staatskasse fließt. Man könnte also erheblich diesen steuerfreien Betrag heraufsetzen, besonders bei dem Hausgefinde und den Legaten, die jetzt nur steuerfrei in den Grenzen eines Betrages von 900 Mark sind. Zweitens, halte ich die Aufrechterhaltung der Steuerfreiheit bei Erbschaften zur todtten Hand in dem Umfange nicht für gerechtfertigt. Wir haben wirtschaftlich kein Interesse, die Ansammlung des Vermögens zur todtten Hand zu begünstigen, weil sich das der todtten Hand anheim gefallene Vermögen der Erbschaftsteuer für alle Zeit entzieht, und in der Regel auch dem Verkaufsstempel für den Fiskus. Dann aber würde ich entschieden eine Aenderung beantragen in Bezug auf die Erbschaftsteuer bei Fideikommissen. Die Erbschaft aus Fideikommiss ist gegenwärtig sehr begünstigt gegenüber anderen Erbschaften. Wer z. B. im Alter von 45 Jahren ein Fideikommiss erbt, hat bei Weitem nicht die Erbschaftsteuer zu bezahlen, als wenn in gewöhnlicher Erbfolge dasselbe Vermögen erbt, weil, während hier die Steuer nach dem Kapitalswerth des Erbes berechnet wird, sie beim Fideikommiss berechnet wird nach der voraussichtlichen Lebensdauer des Erben, so daß bei einem Alter von 45 Jahren der Werth der Erbschaft nur zum 12 1/2 fachen der Rente berechnet wird, während bei gewöhnlicher Erbschaft er das 25fache der Rente beträgt. Daher ist der 45jährige Erbe eines Fideikommisses thatsächlich nur zur Hälfte erbschaftsteuerpflichtig, als wenn er einen gewöhnlichen Nachlaß erben würde. Je höher das Lebensalter des Erben, desto größer ist seine Begünstigung. Nun hat man aber doch sozialpolitisch gar kein Interesse, die Vermehrung oder Erhaltung der Fideikommiss zu begünstigen. Es werden jetzt sehr viel Recepte verschrieben, um die Sozialdemokratie in ihrem Vordringen auf das platte Land zu bekämpfen, richtige und falsche. Zweifelloß aber ist, daß in dem Maße, als die kleinen Leute leicht Besitz auf dem platten Lande erwerben, als man die Zahl der Besitzenden vermehrt, diejenigen, die etwas zu verlieren haben, man am besten die Sozialdemokratie bekämpft. Im Osten giebt es recht guten und schweren Boden, und doch findet auch in diesen Gegenden eine recht beträchtliche Auswanderung statt. Warum? Es wandern nicht Landwirthe aus, denen ihr Besitz wenig einträgt, sondern das Hauptcontingent der Auswanderer stellen diejenigen, die nichts besitzen und weil es ihnen außerordentlich schwer fällt, eigenen Besitz zu erwerben. Namentlich in Pommern ist diese Schwierigkeit vorhanden wegen des Vorwiegens des Großgrundbesitzes, das außer Verhältnis steht zu der gesammten wirtschaftlichen Entwicklung dieser Provinz. Und dieses Uebergewicht des Großgrundbesitzes über den kleinen wird künftighin verstärkt durch den umfangreichen Fideikommissbesitz in diesen Provinzen. Dazu kommt noch so viel anderer Großgrundbesitz, daß die Möglichkeit für den kleinen Mann, sich ein Grundstück zu erwerben, eine so geringe ist, daß er lieber auswandert. Die Gesetzgebung hat daher kein Interesse, die Bildung der Fideikommiss zu begünstigen, am wenigsten in steuerpolitischer Beziehung. Was einmal auf die Bildung von Fideikommissen übergegangen ist, das entzieht sich zu erheblichem Betrage der Erbschaftsteuer, und es entzieht sich ferner dem Kaufstempel der Immobilien. Nun hat man

gesagt, daß eine gewisse Entschädigung für die Staatskasse darin liegt, daß die Errichtung von Fideikommissen mit einer Stempelsteuer von drei Proz. belastet ist. Drei Prozent ist nicht viel, weil schon bei einem Erbgang der Unterschied ausgeglichen werden kann. Wir haben niemals eine Statistik bekommen, die über den ganzen Umfang dieses Gebietes erhoben worden ist. Neulich hat nun verlautet, daß mehrfach der Fideikommissstempel erlassen worden ist durch königliche Verordnung und, namentlich habe ich zwei Fälle im Auge, wo der Erlaß für einen aktiven Minister stattfand. Ich richte daher die ganz bestimmte Frage an die Regierung, ob es richtig ist, daß dem bisherigen Minister Freih. v. Lucius im Gnadenwege auf Antrag des Staatsministeriums der Fideikommissstempel erlassen worden ist. Ich kenne nicht den Betrag, aber wenn der Werth nur eine Million wäre, so würde dieser Erlaß gleichbedeutend sein mit einer Schenkung von 30 000 M., und es würde doch eine besondere Wertwürdigkeit sein, wenn eine solche Schenkung erfolgt ist auf Vorschlag und Vertretung der Minister für einen noch aktiven Kollegen. Ist die Nachricht unbegründet — ich würde sie nicht vorbringen, wenn ich nicht Grund dafür hätte, sie für begründet zu halten — so genügt ein einfaches Nein, und die Sache ist erledigt. Ist sie aber begründet, dann bitte ich, den Betrag zu nennen, und zu erklären, wie die Rechtsverhältnisse sind und die wirtschaftlichen Gründe, aus welchen man zu einer solchen Befreiung kommt. Hier können ja nicht die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse maßgebend sein, wie für die Einkommensteuer. Ich meine, die Frage des Steuerdispenses muß in Anbetracht aller uns vorliegenden Steuerfragen jedenfalls klar gestellt und geregelt werden. Wir müssen genau erfahren: glaubt sich die königliche Regierung ermächtigt, durch Kabinettsordre oder sonstwie, von einer gesetzlich ausnahmslos eingeführten Steuer einzelne Personen aus irgend welchen wirtschaftlichen Gründen zu dispensiren? Gibt es wirklich eine solche gültige Kabinettsordre, so hätten wir alle Veranlassung, ein solches Dispensationsrecht in den gegenwärtigen Steuer-gesetzen absolut auszuschließen. Mit gleichem Recht für Alle ver-rät es sich nicht, daß Einzelne bei dieser oder jener Gelegenheit von der allgemeinen gesetzlichen Steuerpflicht dispensirt werden. Wenn also das Erbschaftssteuergesetz überhaupt im Einzelnen be-rathen wird, werde ich mir gestatten, dies Dispensationsrecht zur Sprache zu bringen.

Auch über das Erbschaftssteuergesetz sind in der Presse Mit-theilungen gemacht worden. Der Herr Finanzminister sagte nun gestern, es giebt keine offiziöse Presse, es giebt keine Presse, die berufen ist, die Regierung zu vertreten, und für welche die Re-gierung verantwortlich ist, mit Ausnahme des „Reichsanzeigers“. Ja, eine Presse, für welche die Regierung verantwortlich ist, und welche die Regierung zu vertreten berufen ist, die nenne ich nicht eine offiziöse, sondern eine offizielle Presse, und eine solche ist außerhalb des „Reichsanzeigers“ allerdings nicht vorhanden; aber das Cha-rakteristische einer offiziellen Presse ist, daß obwohl die Regierung nicht für sie verantwortlich ist und sie sich nicht auf die Regierung berufen kann, sie doch thatsächlich in der Lage ist, amtliche Nachrichten zuerst zu veröffentlichen. Nun ist unbestritten, daß weder aus dem Ressort des Ministeriums des Innern, noch des Unterrichtsministeriums vor dem Einbringen der Vor-lagen etwas in die Öffentlichkeit gelangt ist, dagegen aus dem Ressort des Finanzministeriums wesentliche Stücke Monate lang vorher, nicht durch den „Reichsanzeiger“ und zwar derart, daß wir sogar die einzelnen Stadien danach beurtheilen können, welche die Vorlagen bis zum Einbringen in dieses Haus durchlaufen haben. Wir können feststellen, daß bei dem Erbschaftssteuergesetz der Finanz-minister zuerst mit 1/2 Proz. normirten Satz auf 1 Proz. fest-legen wollte, ferner, daß der Finanzminister den Landrath als Vor-sitzenden der Veranlagungskommission nicht gewollt hat, sondern den Steuerinspektor, und das Staatsministerium erst den Landrath hinein-gebracht hat. Daraus erklärt sich auch, daß die Motive, die vor dem Staatsministerialbeschuß geschrieben worden sind, und die nachher keine Aenderung erfuhren, gegen denselben Landrath als Vorsitzenden sprechen, den der später geänderte Text der Vorlage selbst vorschlägt. Ich will nun gar nicht wissen, ob gerade Herr Schweinburg die be-züglichen Mittheilungen erhalten hat. Ich weiß nicht, ob er als altes Inventar von Hrn. v. Scholz übernommen worden ist. (Heiterkeit.) Aber wenn es sich hier bei einem Mißbrauch des Amtsgeheim-nisses gehandelt hätte, so würde man das doch nicht Wochen lang geduldet haben, sondern eingeschritten sein, und daraus, daß das nicht geschehen ist, kann man doch schließen, daß es mit Wissen und Willen des Hrn. Finanzministers in die Öffentlichkeit gekommen ist. Die Mittheilungen sind nun auch nicht einfach in der Weise erfolgt, daß einfach das mitgetheilt wurde, was beabsichtigt war, sondern sie wurden eingepackt in Lobeserhebungen, sie wurden dem Publikum mit einer Empfehlung vorgeführt. Auch darin würde nichts liegen, wenn es geschehen wäre in Form einer Denkschrift im „Reichs-Anzeiger“. Aber es geschah in einer Form, als ob die Empfeh-lungen nicht vom Finanzminister herrührten, sondern eine Stimmung des Publikums seien, mit der es die Vorlagen begrüßte. Darin liegt die Täuschung des Publikums durch die offiziöse Presse. Wie die Lobeserhebungen im Einzelnen redigirt werden, weiß ich nicht. Die größte Art wäre, daß man sie im Finanzministerium selbst schriebe und durch einen Mittelsmann veröffentlichen ließe, eine feinere Art durch mündliche Instruktion, wie Herr v. Scholz Herrn Schweinburg empfing, endlich auch könnte es geschehen sein durch einen Ministerialrath, der nicht einmal im Finanzministerium zu sein brauchte. Ich glaube nicht, daß das zum Vortheil des Ressorts dient. Der Ministerpräsident dagegen hat in dieser Beziehung sein Programm vollständig inne gehalten; an seiner Stellung zur Presse finde ich nicht das Mindeste auszufügen.

Der Herr Finanzminister und Herr Sattler haben mir gestern, ohne daß ich in der Lage war, darauf erwidern zu können, den Vorwurf gemacht, daß ich den Finanzminister bei seinem Eintritt in das Amt als den Minister der neuen Steuern, als den „Steuerschlepper“ bezeichnet habe. Ich habe diese Aus-führungen inzwischen nachgesehen. Der Ausdruck „Steuerschlepper“ kommt darin zunächst absolut nicht vor. Dagegen steht allerdings dort, daß der Herr Finanzminister der Minister für neue Steuern sei, und zwar ist das so ausgedrückt, daß man erwarten dürfte,

daß nicht bloß Steuerreformen eingebracht würden, sondern daß auch eine Vermehrung der Steuerlasten im Ganzen die Folge sei. Diese Annahme war aber durchaus keine willkürliche, sondern stützte sich auf parlamentarische Vorgänge, und man darf doch annehmen, daß Jemand, der in ein Amt eintritt, dasjenige, was er vorher parlamentarisch als seine Ansichten befundet, im Großen und Ganzen zur Ausführung zu bringen sucht. Meine Meinung stützte sich vornehmlich auf die Rede des Finanzministers, die er als Herrenhausmitglied 1889 am 1. April zur Generaldebatte über den Staatshaushaltsetat hielt, und auf eine weitere Rede vom 30. Mai 1889 in der Diskussion über eine Resolution betreffs Steuerreform im all-gemeinen. Er sagte damals, man solle sich keine Illusionen darüber machen, die Ausgabeetats würden überall wachsen, und man werde daher genöthigt sein, mehr Steuern zu erheben, als man bisher annahm. In Bezug auf neue Steuern entwickelte er damals eine Perspektive der Erhöhung, daß Herr v. Scholz unmittelbar darauf erwiderte, daß diese Ausführungen ihm recht aus der Seele ge-sprochen seien, und ein außerordentlich großes Vertrauen in das Volk setzten, auch hohe Steuern zu tragen, wenn sie nur gerecht seien, daß er aber fürchte, ganz so schön werde es sich in der Praxis nicht immer gestalten. Ferner hat Herr Miquel in seiner letzten Reichstagsrede am 12. Juni 1890 die Eventualität behan-delt, daß eine Mehrausgabe von 60 Millionen im Reichshaushalt durch neue Steuern gedeckt werden könne, und zugleich betont, daß er in diesem Falle nicht dafür sein würde, durch Erhöhung der in-direkten, sondern der direkten Steuern in Preußen das Erforder-liche zu beschaffen. Angesichts dieser parlamentarischen Vorgänge kann man es doch wirklich nicht verubeln, wenn man annimmt, daß ein solches neues Finanzministerium wesentlich dazu dienen werde, die Steuerlasten zu erhöhen.

Auch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer bei Mehreinnahmen ist nicht gleichbedeutend mit einer Entlastung der Steuerzahlung. Wenn ich sagte, die bisherige Erfahrung hätte dargelegt, daß nicht entsprechend den Ueberweisungen an die Kom-munalverbände eine Entlastung erfolgt sei, so sagte ich das nicht, ohne mit den Verhältnissen im Lande bekannt zu sein. Wie es in Bezug auf die Ueberweisungen an die Kommunalverbände im Westen aussieht, beweist ein Schreiben, das ein Kreisratsmitglied aus dem Kreise Sattingen im Regierungsbezirk Arnberg an mich gerichtet hat. Aus demselben ergibt sich, daß die Ueberweisungen verwandt worden sind zum Theil zur außerordentlichen Schulden-tilgung, obwohl die Schulden des Kreises nicht größer waren, als das Aktivvermögen, das heißt also zu Gunsten der Ansammlung von Aktivvermögen (Widerpruch rechts), zum Theil zu anderen, an sich ja recht schönen Zwecken, für welche diese Gelder aber keines-falls da sind. Es half dagegen kein Protest der städtischen Ver-treter. Der Herr Landrath blieb bei seinen Anträgen, und alle ländlichen Vertreter, die sich im Herzen wünschten, daß ihre Gemeinden auch etwas abhaben möchten, Gemeinden, in denen das vielfache an Gemeindesteuern erhoben wird als an Staats- Einkommen- und Klassensteuern, stimmten dem gestrigen Herrn zu. Sie wissen ja, wie es mit den Gemeinde-vorstehern als Kreisratsabgeordneten aussieht. Selbst der bejehende Antrag, wenigstens die von den Gemeinden zu tragende Zu-schüsse zu den Kreissteuern ganz oder auch nur zum Theil aus den disponiblen Mitteln zu bestreiten und so die Gemeinden wenigstens in etwas zu entlasten, fiel durch. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Auf die Gemeinde fällt also nichts von dem erquiden-den goldenen Regen.“ Eine derartige Entwicklung hatten wir vor-ausgesehen. Auch Herr von Bennigsen hat eine derartige Verzet-telung von Ausgaben als die allgemeine Erfahrung in Hannover geschildert, indem er in der Budgetdebatte vom 30. Oktober aus-führte, daß er als Kreisratsmitglied die Erfahrung gemacht hatte, daß die Ueberweisungen für die Ordnung des Kreishaushalts nur eine Verlegenheit gewesen seien, weil man bei Aufstellung des Haus-halts die zu überweisende Summe noch nicht kannte, sondern erst Monate später dieselbe erfuhr, so daß schließlich mit einer ge-wissenen Verzettlung große Summen verausgabt worden seien. In vielen andern Kreisen sei es ähnlich gewesen. So der Oberprä-sident von Hannover, der doch die Sache im Ganzen überblickt. Ich wünsche, daß zur Klärung der Verhältnisse uns bald eine Statistik über die Verwendung aus der lex Huene mitgetheilt wird.

Ich werde mich freuen, wenn das Mißtrauen, das ich, offen gestanden, dem neuen Finanzministerium in Bezug auf die Ver-mehrung der Steuerlasten entgegenbringe, im Verlaufe der Zeit sich vermindert, und es Herrn Miquel beides ist, am Ende seines Ministeriums anders zurückzublicken, als seiner Zeit Herr Hobrecht und Herr v. Batow. Letzterer konnte 1862 auch gehen, nachdem er die Grund- und Gebäudesteuer zu Gunsten der Mi-litärreorganisation erhöht hatte. Jetzt bin ich noch nicht im Stande, ein solches größeres Vertrauen auf Grund dieser Gesetzgebung zu fassen. Ja, ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß am Schluß dieser Session nichts herauskommt als ein oder zwei solcher Steuer-gesetze; von einer Reform des Unterrichtswezens scheinen wir gegenwärtig weiter als je entfernt zu sein, und ich fürchte, es ist nicht einmal Sicherheit gegeben, daß auch nur der bejehende Anfang einer Besserung des Landgemeinbewesens, wie ihn der Ent-wurf des Ministeriums vorschlägt, in Sicherheit gebracht wird. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miquel: Meine Reichstagsreden halte ich vollkommen aufrecht. Die Schwäche des ganzen Programms des Herrn Richter und seiner Freunde liegt nach meiner Meinung darin, daß sie mit der größten Leichtgläubigkeit über die Einnahmen hinweggehen, sie einfach erlassen, wenn sie ihnen nicht gefallen, aber nicht die Bilanz ziehen: wie kommen wir aus zur Deckung der Ausgaben? (Sehr richtig! rechts.) Wenn nach Ihrem Pro-gramm wesentlich alle Rölle fallen sollen, und das einzige, was dagegen geboten wird, die Kaffirung der angeblichen Begünstigung der Brenner und eine Reform der Zuckersteuer ist, aber auch nicht unter Erhöhung der Verbrauchsabgaben, sondern unter Befestigung der Ausfuhrprämien — wie man davon nur einen Thaler bezahlen kann, das ist mir völlig unklar (Beifall rechts). Wenn nun hier dargelegt wird, daß unsere Einnahmen zur Deckung der vom Landtag bewilligten Ausgaben und zu einer mäßigen Schulden-

tilgung dienen, so kann doch die Behauptung nicht richtig sein, daß man dem Volke überhaupt zu viel Steuern abnehme, daß man Kapitalien ansamme, sondern wir haben nichts mehr erhoben, als für die allgemeine Staatsverwaltung notwendig war. Früher war der Landtag wenig geneigt, neue Ausgaben zu bewilligen: heute findet ein fortwährendes Antreiben der Regierung zu neuen Ausgaben statt (Sehr richtig! rechts), und zwar von allen Seiten. Wer aber Ausgaben bewilligt, muß auch Einnahmen bewilligen.

Herr Richter hat selbst die Kommunalsteuern als das Drückende und Lästige bezeichnet. Wenn ich nun diesen Kommunen die Mehrerträge aus den Steuern überweise, so ist das doch eine Entlastung. Herr Richter klagt über die Verwendung des Geldes in den Kommunen in demselben Augenblick, in dem er sich auf meine Seite stellt in Bezug auf die Selbstverwaltung der Kommunen. Fordert er damit nicht auf, die Aufsichtsrechte des Staates gegenüber der Kommune schärfer zu handhaben, die Kommunen durch gesetzliche Schranken zu binden? (Sehr richtig! rechts.) Herr Richter hat trotz seiner liberalen Gesinnung eine etwas bureaukratische oder feierliche Natur. Darin bin ich allerdings mit ihm einverstanden, daß, wenn der Staat 37 Millionen als Hälfte der Grund- und Gebäudesteuern den Kommunen überweist, das nicht mehr in früherer Weise geschehen darf. Wir werden diese Ueberweisung offensichtlich an der Hand eines organischen Ausbaues des Kommunalsteuerwesens machen zu bestimmten gesetzlichen Zwecken. Dann fällt ja die von Herrn Richter betonte Gefahr weg.

Bezüglich der öffentlichen Presse hat Herr Richter nicht behauptet, daß ein Blatt existire, welches direkt oder indirekt von der Regierung unterstützt würde und berechtigt wäre, Mittheilungen offizieller oder offiziöser Natur in die Welt zu setzen. Auf der anderen Seite aber ist es einem Minister nicht zu verdenken, daß er, wenn er in der gegnerischen Presse seine Absichten entstellt und verächtlich sieht, betreffs seiner wirklichen Absichten an Leute offene Mittheilung macht, die vielleicht auch in der Presse schreiben. Warum soll er das Land nicht aufklären? Ich bin in dieser Beziehung nicht so engherzig.

Die Erbschaftsteuer verliert deshalb noch nicht an Interesse, weil die Hauptfrage der Besteuerung von Erbschaften bei Ascendenten und Descendenten jetzt unter den Tisch fällt. Es können sehr wohl, da die Vorlage einmal vorhanden ist, Mängel und Unzulänglichkeiten, die sich bei der gegenwärtigen Erbschaftsteuer herausgestellt haben, beseitigt werden, ohne daß der Abschluß der großen Reformgeheiß irgend gehindert wird.

Ueber einen im Gnadenwege angeblich stattgehabten Erlaß des Fideikommissstempels des Herrn v. Lucius habe ich keine Kenntniß. Ich werde Gelegenheit nehmen, zu einer anderen Zeit Auskunft darüber zu ertheilen.

Ich möchte auch davor warnen, die Frage des Minimums bei steuerfreien Erbschaften hier in den Vordergrund zu stellen. Denn man kann das Minimum auch nach ganz anderer Art und Weise bemessen als nach der Höhe des Erbnachlasses, nämlich nach den sonstigen Vermögensverhältnissen des Erben.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.): Wir sind gegen eine Erbschaftsteuer, vor allem bei Erbschaften von Ascendenten und Descendenten. Die Erbschaftsteuer kann doch kein genügender Ersatz sein für eine stärkere Heranziehung des fundierten Kapitals. Dann würde der Grundbesitz schlechter gestellt werden als das mobile Kapital, da das Kapital der Erbschaftsteuer sehr leicht entzogen werden kann, während man den Grundbesitz nicht verschwinden lassen kann. Sodann verschwindet die Erbschaftsteuer bei der Kommunalbesteuerung ganz, denn Zuschläge zur Erbschaftsteuer kann man doch nicht erheben. Eine Kontrolle für die Einkünfte läßt sich auch ohne Steuer einführen, indem man der Veranlagungskommission das Recht giebt, bei einem Todesfalle eine Vorlegung des Inventars zu verlangen. Es wird das auch eine richtigere Deklaration zur Folge haben, da sehr viele Gensiten sich schämen werden, noch nach ihrem Tode als Lügner hingestellt zu werden. Eine Verzettelung in den Gemeinden wird nicht mehr möglich sein, wenn man von dem unglücklichen Vertheilungsmaßstab, wie er jetzt in der lex Suene statt hat, absteht.

Abg. Richter: Mein Antrag im Reichstag, auf den der Herr Minister exemplifizirte, stellt zur Verfügung 40 Mill. M. aus dem bekannten Brennerprivilegium und 20 Mill. M. Zuckerausfuhrprämien, macht schon 60 Mill. Dazu kommt in Betracht, daß zur Zeit Ueberflüsse zu Steuererlassen disponibel sind, sowohl im Reich wie in Preußen. Es handelt sich bei meinem Antrage im Reichstage also keineswegs um ein leichtfertiges Vorgehen. Daß ich mir bei Bewilligung von Ausgaben nicht der Verantwortlichkeit in Bezug auf die Einnahmen bewußt sei, ist gerade mir gegenüber ein durchaus ungerechter Vorwurf. Jeder Staatshaushalt wird ja im Wesentlichen durch die Gesetze bestimmt, denen sich auch diejenigen fügen müssen, welche gegen die Gesetze gestimmt haben. In dieser Lage bin ich allerdings oft gewesen. Ich habe mich aber stets bemüht, bei Ausgabeerhöhungen auf anderweitige Ersparungen hinzuwirken, leider mit wenig Erfolg. Ich will auch schon jetzt sagen, daß ich es nicht für gerechtfertigt halten würde, 28 Millionen für den Berliner Dombau zu bewilligen. Ich bin auch dagegen, daß die Finanzen der Kirchengesellschaften mehr und mehr verquittet werden mit den Staatsfinanzen. Das führt zu Differenzen zwischen den Kirchengesellschaften selbst und bei der evangelischen Kirche zuletzt zu einer Verstaatlichung der Kirche, die weder zum Wohle des Staates noch der Kirche gereicht. Ich bin mit meinen Bestrebungen, die Ausgaben niedrig zu halten, in jedem Jahre ohnmächtiger gewesen, gerade wegen der Bewilligung der Steuern auf Vorrath, an der mitgewirkt zu haben ich gerade Herrn Miquel zum Vorwurf mache. Er will bei mir eine bureaukratische Ader entdeckt haben. Nichts hat mir aber ferner gelegen, als mit meinen Bemerkungen über die Verwendung der Ueberweisung etwa eine Schablone für die Verwendung zu verlangen. Der Fehler, den ich gerügt habe, liegt eben in dem ganzen System der Ueberweisung selbst. Ich will selbstverwalten, aber ich verstehe darunter, daß man nur das selbstverwaltet, was man auch selbst bezahlt. Nun noch eine Bemerkung über die offiziöse Presse. Es ist jetzt festgestellt, daß Mittheilungen vom Herrn Finanzminister ausgegangen sind. Gewiß soll er das Land aufklären. Dazu ist aber der Reichsanzeiger da; genügt dies Blatt wegen seiner technischen Einrichtung nicht, nun gut, machen wir ein zweites. Man muß aber wissen, was Mittheilung der Regierung ist und was nicht. Jede Berliner Zeitung muß für die Schweinburgischen Berliner Politischen Nachrichten 100 M. monatlich bezahlen. Das thut sie doch nicht wegen der Weisheit des Herrn Schweinburg, der, wie man mir sagt, das weber zu fassen noch zu redigieren versteht, was unter seiner Chefsleitung erscheint. Er treibt eben einen Handel mit amtlichen Nachrichten. Ob es nun die Berliner Politischen Nachrichten unter Herrn Schweinburg sind, oder die Post unter Herrn Kayser, die Norddeutsche unter Binder, die Königlich unter August Schmidt — überall erschienen in Lobspüche eingewidmete Mittheilungen über die Finanzpläne, welche den Eindruck machen mußten, daß sie von Herrn Miquel ausgingen. Das wäre vermieden worden, wenn Herr Miquel den Reichsanzeiger zu seinen Mittheilungen benutzte hätte.

Finanzminister Dr. Miquel: Wenn Abg. Richter von vornherein zu mir persönlich gekommen wäre und mich gefragt hätte, ob ich Wehreinnahmen erzielen resp. wie ich dieselben dem Lande zu Gute kommen lassen will, so würde ich ihm eine offene und bündige Antwort gegeben haben; dann hätte er alle diese Angriffe vermeiden können. Wenn nun ein anderer Redakteur kommt und sagt, die „Freisinnige Zeitung“ bezeichnet die Reform als eine

Scheinreform, so habe ich nicht die mindeste Veranlassung, ihm nicht zu erklären: das ist unrichtig, so werde ich weiter fortfahren. Ich mache keinen Unterschied zwischen den Parteien; was kein Staatsgeheimniß ist, werde ich, wenn offene Erklärung gefordert wird, Jedem sagen. Herr Schweinburg hat von mir überhaupt keine Mittheilung erhalten, wie denn überhaupt in der Presse, auch in der befreundeten, sehr viele Dinge gestanden haben, von denen ich selbst nichts wußte, gänzlich unrichtige Sachen. Bei einer Reform, wie die vorliegende, kann nicht Alles so verschlossen bleiben; Manches muß in die Öffentlichkeit aber es ist doch unrichtig, alle solche Mitwirkung und Unterstützung von unabhängigen Blättern als offiziös zu bezeichnen. Ich habe Herrn Richter nicht vorwerfen wollen, daß er auf Ausgabevermehrungen drängt oder gedrängt hat. Er ist in dieser Beziehung allerdings einer der Fiskalischsten gewesen. Aber die Ausgaben, welche bewilligt worden sind, sind unvermeidlich gewesen, und die Kategorie der Ausgaben, die man hätte unterlassen können, ist im Verhältniß zu den anderen eine sehr geringe. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Ausgaben des Staates wachsen müssen. Bei dem nächsten Etat werden Sie nicht das bemängeln, was an Ausgaben darin steht, sondern was nicht darin steht; es wird sich zeigen, wie viel dringende Bedürfnisse wir unbefriedigt lassen müssen. Deswegen wird die ganze Frage der Einnahmevermehrung auch mit den steigenden Ausgaben in notwendige Verbindung gebracht werden müssen. Eine Steuerbewilligung auf Vorrath hat nicht stattgefunden. Ohne die Brantweinsteuer würden uns im Reich doch die 100 Millionen fehlen. Die Ausgaben würden aber dieselben sein, und Preußen würde statt eines Ueberschusses um 1/2 von den 100 Millionen mehr Ausgaben haben. Der nächste Haushalt wird zeigen, wie sich jetzt die Ueberweisung des Reiches an den Staat stellt — das nähere kann ich nicht angeben, weil sonst Herr Richter mir meine Offenherzigkeit zum Vorwurf machen könnte. (Abg. Richter: Herr Schweinburg weiß es ja!) Wenn Herr Schweinburg es weiß, so weiß er es nicht von mir! Aber die Ueberflüsse werden sich vielleicht geringer stellen als im vorigen Jahre. Das können Sie schon selbst herleiten aus den achtzehn Millionen Gehaltserhöhungen und aus den 24 Millionen, welche den Kreisen gegeben worden sind. Von solchen dauernd großen Ueberweisungen wird nicht mehr die Rede sein können, wenn wir erst zu einer Schuldentilgung im Reich kommen.

Für die Erbschaftsteuer bleibt das wesentlichste Moment die Kontrolle für die Deklaration. Je schärfer die Kontrollen sind, desto gleichmäßiger und gerechter sind die Steuerveranlagungen. Den Vorschlag des Herrn v. Rauchhaupt, in dem Einkommensteuergesetz gewisse Inzidentarifikationen der Erbschaften vorzuziehen, wird die Regierung in Betracht ziehen.

Abg. Richter: Der Vorwurf, daß wir Ausgaben, nicht Einnahmen bewilligen, widerlegt sich, außer durch unsern Antrag im Reichstag, auch dadurch, daß ich erklärt habe, wenn die Lebensmittelsölle beseitigt würden, so würde ich auch eine Erbschaftsteuer aufnehmen und sogar bei der Einkommensteuer Konzessionen machen. Wir tragen für die Ausgaben eine eben solche Verantwortung wie alle anderen Parteien. Wenn aber Ueberflüsse vorhanden sind, müssen Ermäßigungen eintreten. Aber freilich kann das in Preußen nicht geschehen, weil der bewegliche Faktor der Quotifizierung fehlt. Dieser Mangel eines beweglichen Faktors führt dazu, daß man sich leichten Herzens zu Ausgaben entschließt, weil eben die Einnahmen da sind. Wir wollen die Garantien schaffen, daß nicht mehr Steuern bewilligt werden, als notwendig sind für die Ausgaben. Diese Gedanken sind auch bei der nationalliberalen Partei früher maßgebend gewesen, sogar in der Reichsgeleitzgebung, wo die nationalliberale Partei Quotifizierung des Kaffee- und Salzsolles verlangt hat.

Den Satz, daß die Ausgaben naturgemäß immer wachsen, muß ich bestritten. In den letzten Jahren sind in Preußen ebenso viel Steuern erhoben worden als in den Jahren von 1820—30. Die Nachstellung des Reiches lag früher in der geringen Schuldenlast und in den mäßigen Steuern. Aber plötzlich trat eine so kolossale Steigerung der Steuern ein, wie sie in keinem Lande der Welt stattgefunden hat, und es muß die erste Pflicht eines Finanzministers sein, daß nicht bei den direkten Steuern im Staate dieselbe Progression eintritt wie bei den indirekten im Reiche. (Beifall links.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an die Kommission für Vorberathung des Einkommensteuergesetzes überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Gewerbsteuergesetz). Ueber die nächsten Dispositionen erklärt Präsident v. Koeller, daß am Freitag die Landgemeinordnung und später nach einem Tag Pause das Schulgesetz zur Berathung kommen solle.

Schluß 1 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. November.

Der Kaiser empfing am heutigen Vormittage den gestern hier eingetroffenen Geheimen Kommerzienrath Krupp aus Essen und hatte mit demselben eine längere Besprechung.

Um 9 1/2 Uhr begab sich der Kaiser vom Neuen Palais nach der Wiltparkstation und trat von dort aus mittels Sonderzuges um 9 Uhr 37 Minuten die Reise zur Jagd nach Schlesien an. Auf der Reise dorthin traf der Kaiser am heutigen Vormittage um 10 Uhr 21 Minuten auf Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein und setzte nach nur ganz kurzem Aufenthalte sofort mit seiner Begleitung die Fahrt von Berlin über Mochbern und Oppeln nach Groß-Strehlitz fort. Der Kaiser wird in Groß-Strehlitz bis zum Donnerstag Nachmittag verbleiben, um einer Einladung des Grafen v. Tschirschki-Renard zur Abhaltung von Jagden zu entsprechen.

Ueber die Theilnahme des Kaisers an dem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler bringt das „Berl. Tgl.“ noch folgende nähere Mittheilungen:

Alles, was über den gestrigen parlamentarischen Abend beim Reichskanzler verlautet, bestätigt, daß der Kaiser einen außerordentlich frischen, liebenswürdigen und zuvorkommenden Eindruck gemacht hat. Seine abfälligen Aeußerungen, und das ist zweifellos charakteristisch, haben sich lediglich gegen die Sozialdemokratie und Herrn Stöcker gerichtet. Der Kaiser sprach sich, wie es heißt, scharf gegen die auf der Generalynode hervorgetretenen hierarchischen Bestrebungen aus. Es hat den Eindruck hervorgerufen, als ob gerade hier von den Herren, die die protestantische Hierarchie begründen wollen, eine sehr empfindliche Stelle getroffen worden ist. In diesem Zusammenhange hat der Kaiser auch seinen Tadel über dogmatisches Gezänk ausgesprochen und wiederholt betont, daß es beim Religionsunterricht auf die Pflege der ethischen Seite vor allem ankomme. Neben den allgemein politischen und erzieherischen Fragen scheint sich der Kaiser neuerdings viel mit wirtschaftlichen Fragen allgemeiner Natur zu beschäftigen. Er hat in diesem Betrach mit besonderer Betonung von der Wichtigkeit der Pflege der Wasserstraßen gesprochen, ist auf Verbindungen von Reges, Brabe, Oder u. s. w. gekommen und hat nach dem Vorbild seiner Ahnen für eine ganze Reihe neuer wichtiger Aufgaben das lebhafteste

Interesse bezeugt. Daneben fehlte in der einstündigen Unterhaltung, die sich in Rede und Gegenrede entwickelte, auch der Humor nicht. Leichte Scherze, die der Kaiser in die Unterhaltung warf, würzten die ernste Rede auf das Glücklichste.

Der königliche Hof legt vom 24. November ab für den König der Niederlande die Trauer auf drei Wochen an.

Bei dem Prinzen und der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe fand gestern Nachmittag in Bückeburg ein größeres Diner statt, zu welchem außer den hier anwesenden Fürstlichkeiten die Spitzen der Behörden und die Offiziercorps des 7. Jäger-Bataillons und des Königs-Husaren-Regiments Nr. 7 geladen waren. Abends war Hofkonzert, bei welchem die fürstliche Hofkapelle, die Sängerinnen Spieß und Udzelli und der Sänger Standigl mitwirkten. Heute Abend findet als Schluß der Hoffeste ein Hofball zu Ehren des neuvermählten Paares statt.

Die Interpellation des Abg. Dr. Graf-Elberfeld bezüglich des Kochschen Heilmittels haben alle Fraktionen, jede vertreten durch sechs Mitglieder, unterzeichnet. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie der Regierung willkommen ist und diese selber den Wunsch hegt, vor dem Lande zu bekunden, mit welcher Genugthuung es empfunden wird, daß Erfinder und Erfindung dieses großartigen Heilmittels von Deutschland und von Preußen ausgehen. Der Beantwortung der Frage vom Ministertische aus wird daher mit erklärlicher Spannung entgegengeesehen.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung den Gesetzentwürfen betreffend die Abänderung des Patentreuges und betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern seine Zustimmung ertheilt.

Köln, 25. Nov. Bei den gestrigen Gemeindevahlen siegten die Kandidaten der Liberalen über die Kandidaten der Volkspartei und der Sozialisten.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 25. Nov. Heute nimmt hier, der „Köln. Volksztg.“ zufolge, die Konferenz der preussischen Bischöfe im erzbischöflichen Palais ihren Anfang.

Düsseldorf, 25. Nov. Eine Offiziersdeputation des 2. westfälischen Husaren-Regiments Nr. 11, dessen Chef der König von Holland war, begiebt sich zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach dem Haag.

Strasbourg, 25. Novbr. Der Staatsrath von Elsaß-Lothringen ist heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Statthalters Fürsten Hohenlohe zur Berathung des nächstjährigen Etats und anderer Vorlagen für die nächste Tagung des Landesausschusses zusammengetreten.

München, 25. Novbr. Der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge entsendet der Prinzregent seinen Generaladjutanten Generalleutnant Frhr. v. Sagenhofen nach Frankfurt a. M., um den Großherzog Adolf von Luxemburg zu begrüßen.

Detmold, 25. Nov. Am Donnerstag Vormittag 11 Uhr werden der Prinz und die Prinzessin Adolf zu Schaumburg, von Bückeburg kommend, zum Besuche des fürstlichen Hofes hier eintreffen. Gleichzeitig wird der preussische Gesandte in Oldenburg, Graf von der Goltz, welcher auch hier akkreditirt ist, zum Besuche erwartet. Abends findet große Galatafel statt.

Karlsruhe, 25. Nov. Das Bulletin über das Befinden des Prinzen Carl sagt: Die Nachtruhe war von häufigem Husten unterbrochen, der Auswurf günstiger, die Temperatur 37, der Kräftezustand und der Appetit befriedigend.

Wien, 25. Nov. Bei der Leichenfeier des Königs von Holland wird der Erzherzog Friedrich den Kaiser vertreten. Wie verlautet soll auch eine Deputation des 63. Infanterie-Regiments, dessen Inhaber der Verstorbene war, zu der Beisetzungsfeier nach Holland entsendet werden. Infolge des Ablebens des Königs von Holland ist eine zehntägige Hoftrauer angeordnet worden.

Petersburg, 25. Nov. Die „Nowosti“ melden, das Kriegsministerium sei, da der Versuch mit der Infanterie-Unteroffizierschule in Riga gute Resultate aufweise, entschlossen, weitere derartige Anstalten zur Ausbildung der Unteroffiziere anderer Waffengattungen zu errichten.

Wie die „Petersburgskaja Wedemosti“ wissen will, sollen die beiden aus den bestehenden drei baltischen Gouvernements umzubildenden Gouvernements die Bezeichnung „Rigasches“ und „Kewalsches“ erhalten. Das kurländische Gouvernament solle mithin zu existiren aufhören.

Haag, 25. Nov. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer waren sämtliche Minister anwesend. Nach Verlesung der den Tod des Königs anzeigenden Botschaft erhoben sich alle Mitglieder. Hierauf gab der Präsident Beelaerts van Blokland dem tiefen Schmerze über das Hinscheiden des Königs Ausdruck, der in allen Lagen die Freiheiten und konstitutionellen Rechte aufrecht erhalten habe.

Haag, 25. Nov. Die Einsargung der Leiche des Königs erfolgt heute Abend in Schloß Loo, die Königin wird derselben nicht beiwohnen. Die Anlegung der Siegel an den Sarg durch den Justizminister erfolgt morgen, die feierliche Bestattung der Leiche ist auf den 4. Dezember festgesetzt. Die Großherzogin von Sachsen-Weimar trifft am Freitag in Schloß Loo ein. Zur Beisetzungsfeier werden auch die Großherzöge von Luxemburg und Mecklenburg-Strelitz erwartet.

Luxemburg, 25. Nov. Der Großherzog Adolf beabsichtigt, entgegen seiner früher ausgesprochenen Entschliebung, bevor er nach Luxemburg kommt, den Beisetzungsfeierlichkeiten im Haag beizuwohnen. Die Donnerstag zusammen tretende Kammer wird eine Beileidsadresse votiren und sich dann vertragen.

Luxemburg, 25. Nov. Gutem Vernehmen nach ist dem

Großherzog Adolf ein Handschreiben des Kaisers Wilhelm mit Glückwünschen zur Thronbesteigung zugegangen.

Bern, 25. Nov. Der Bundeskommissar Künzli meldet telegraphisch aus Bellinzona, es habe auch im Großen Rathe eine Einigung stattgefunden; der Vorschlag des Kommissars betreffs der Eintheilung der Wahlkreise im Tessin für die Wahlen zum Verfassungsrathe sei mit einer einzigen Abänderung angenommen worden. Noch im Laufe dieser Woche werde das Dekret betreffend die Wahl für den Verfassungsrath beraten werden.

Bern, 25. Nov. Der Bundesrath hat den schweizerischen Telegraphendirektor Dr. Roth zum Direktor des internationalen Telegraphen-Bureaus in Bern ernannt.

Paris, 25. Nov. Die Subkommission des Zollauschusses der Kammer erhöhte den Zoll auf geschlachtetes Hammelfleisch von 28 auf 32 Frs. für 100 Kilo und beschloß 20 Frs. Zoll für verarbeitetes Schweinefleisch, 16 Frs. für eingepökeltes und geräuchertes Schweinefleisch, 50 Frs. für Fleischpasteten, 27 Frs. für eingepökeltes Rindfleisch. Die Zölle für Fleischkonserven in Büchsen, für Fleischextrakte und Bouillons wurden von 8 auf 15 Frs. erhöht.

Sille, 25. Nov. In dem Bahnhofe zu Carvin stieß ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen. Dabei wurden 9 Passagiere verwundet.

London, 25. Nov. In der Thronrede, mit welcher das Parlament heute wieder eröffnet wurde, werden die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als seit dem Schlusse der letzten Session unverändert bezeichnet. Die Sicherheiten für den europäischen Frieden erschienen der Königin unvermindert. Mit Italien seien Verhandlungen eröffnet zur Absteckung der Grenze, welche das unter dem englischen Einflusse stehende Gebiet in Nordostafrika von dem Gebiete trenne, das zu dem unter Italiens Schutz stehenden Abessinischen Reiche gehöre. Alsdann wird der Abschluß eines modus vivendi mit Portugal erwähnt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhandlungen betreffend die Fischereifrage auf Neufundland einen für alle Parteien befriedigenden Abschluß finden würden. Bedauerlich sei, daß die schlechte Kartoffelernte einen Nothstand in den westlichen Grafschaften Irlands hervorzurufen drohe, die von der Regierung getroffenen Maßregeln würden jedoch hoffentlich das Uebel lindern. Die Regierung werde einen Gesetzentwurf betreffend die Verbesserung des Verwaltungssystems in den Grafschaften von Irland im Sinne der in England bestehenden Gesetze vorlegen. Die Thronrede kündigt ferner eine Vorlage betreffend die Herabminderung des Beitrages der ärmeren Bevölkerung zu den Kosten des öffentlichen Unterrichtes an.

London, 25. Nov. In einer heute Nachmittag stattgehabten Versammlung der parnellitischen Deputierten des Unterhauses wurde einstimmig Parnell als Präsident der rationalistischen Partei wiedergewählt und hat Parnell die Wahl angenommen. In Folge dieses Beschlusses solle Gladstone beschließen haben, ein Amendement zu der Adresse nicht zu unterstützen und nach Hawarden zurückzukehren, wofür er bis Neujahr verbleiben würde.

Belgrad, 25. Nov. Wie verlautet, gestattete der Kaiser von Rußland einer Anzahl serbischer Offiziere den Eintritt in russische Militärinstitute. Die serbische Regierung dankte dem Kaiser für diesen neuen Beweis seines Wohlwollens.

London, 24. Nov. Der Castle-Dampfer „Dunbar Castle“ hat heute auf der Heimreise die Canarischen Inseln passiert.

Der Castle-Dampfer „Roslin Castle“ ist heute auf der Heimreise in London angekommen.

Der Castle-Dampfer „Grantully Castle“ ist heute auf der Ausreise in Lissabon angekommen.

Groß-Strelitz, 26. Nov. Der Kaiser ist gestern Abend um 6 Uhr hier eingetroffen. Das Wetter ist prächtig. Kalt und Schnee.

Rom, 26. Nov. Die „Riforma“ zählt 486 bekannte Wahlergebnisse; es wurden gewählt: 395 Ministerielle, 41 Konstitutionelle und Oppositionelle, 36 Radikale und 9 Zweifelhafte. Fünf Stichwahlen sind erforderlich.

London, 26. Nov. Oberhaus. Salisbury erklärte, die Regierung wünsche keine Erörterung über die jüngste Geldkrisis, weil dabei rein vertrauliche Angelegenheiten enthüllt würden. Ueber die Enthüllungen über die Afrika-Expedition beabsichtige die Regierung keine Untersuchung zu veranlassen, da der Urheber der Enthüllungen kein britischer Unterthan und beide Hauptbeschuldigten todt seien.

Konstantinopel, 26. Nov. Der Sultan verließ dem Geheimrath Dr. Koch in Berlin den Großkordon des Medschidje-Ordens.

Vermischtes.

† **Ueber das Hochwasser und die Ueberschwemmungen** gehen vom gestrigen Tage folgende Meldungen ein: In Elberfeld und Barmen sind 5 Personen ums Leben gekommen. Zwei Brücken wurden zerstört. Die Pumpstation des Barmen Wasserwerkes ist in Folge des Hochwassers betriebsunfähig. — In Kahl sind zwei Hinterhäuser eingestürzt. In Delft sind 8 Häuser und eine Brücke ein, 5 Personen kamen ums Leben. Die Bahnbrücke bei Goeschwich ist defekt. Das Hochwasser hat im Saalthal große Verheerungen angerichtet. Die 800 Jahre alte Saalbrücke und mehrere Häuser wurden weggerissen; in Lengefeld sind ebenfalls mehrere Häuser fortgerissen und das Unsrutthal ist überfluthet. Der Wasserstand in Köln ist höher als im Jahre 1799. In den jenseitigen Nachbarnorten Benigsmena und Ramsdorf sind durch das Hochwasser 15 Häuser zerstört worden; auch einige Personen sollen umgekommen sein. Der Eisenbahndamm der Saalbahn bei Voehstedt ist 50 Meter weit weggespült. Die Wassergefahr ist in Eisenach und Umgegend beseitigt. Schmalzkalden und Umgegend wurden von derselben schwer heimgesucht. Bei Mittelschmalzkalden ist wegen Dammbruchs der Bahnbetrieb eingestellt. Ein orkanartiger Sturm, verbunden mit Regen unterbrach den Betrieb auf den bayerischen Eisenbahnlinien Riefenhausen-

Neudietendorf, Probitzella-Eichich sowie Hüttensteinach-Lauha. Das Hochwasser der Jsa überfluthete die Thäler. Viele Bäume wurden durch den Sturmverlezt und abgebrochen, auch Häuser beschädigt. In Köln laufen fortwährend neue Meldungen über die Ausdehnung der Ueberschwemmungen in der Rheinprovinz und in Westfalen ein. In Bochum zerstörte die Ruhr die städtische Wasserleitungs-Anlage. Der Eisenbahndamm von Wesel nach Winterhoye ist unterbrochen, die Bahnhof-Chaussée von Bocholt nach Wesel und Borken steht unter Wasser. In Bocholt sind alle Fabriken außer Betrieb, es herrscht große Noth. Der Kölner Rheinpegel zeigte um 11 Uhr Vormittags einen Wasserstand von 5,12 Meter. Das Wasser steigt noch immer. Auch vom Oberrhein wird Steigen des Wassers gemeldet. Die Fulda, welche über Nacht sehr gestiegen war, fällt seit Mittag wieder. — Im Hoftheater in Kassel fiel heute die Vorstellung wieder aus, da der Betrieb der städtischen Gasanstalt erst morgen Nachmittag wieder aufgenommen werden kann. Auf den Zügen Bommerbank, Nachtigall und Planenburg in Folge des Hochwassers der Betrieb eingestellt. — Aus den Seestädten bringt der Telegraph Berichte über Sturmfluthen und verheerende Ueberschwemmungen. — Die niederen Stadttheile von Wismar und von Rostock sind überfluthet. Bei Boel strandete ein schwedischer Schoner; die Mannschaft wurde gerettet. In Warnemünde ist die Strandpromenade zum Theil fortgerissen. Das Wasser ist noch im Steigen. Die Schlei und die Ostsee hat bei Schleswig einen seit Jahren nicht dagewesenen hohen Wasserstand. In Kiel ist seit gestern Abend bei heftigem Nordost Sturmfluth eingetreten; die niedrig gelegenen Stadttheile sind überfluthet. Das Wasser hat den höchsten Stand seit dem Jahre 1874 erreicht. In Lübeck ist infolge des Nordoststurms eine bedeutende Ueberschwemmung eingetreten. Die Hafenstraßen stehen fast unter Wasser. Obgleich die Vorräthe in den Speichern Nachts nach Möglichkeit geborgen wurden, ist dennoch großer Schaden verursacht. Der Betrieb auf der Gutiner- und Travemünder-Eisenbahn ist eingestellt. Die Ueberschwemmung dehnt sich längs der ganzen Ostseeküste. Die Rettungsstation in Swinemünde telegraphirt: Am 25. November von der auf Weßergrund gestrandeten Bark „Naomi“, Kapitän Jonasson, 17 Personen gerettet durch das Rettungsboot der Station Swinemünde „West“. Unter den Geretteten befinden sich auch die Frau und die Tochter des Kapitäns, sowie ein Passagier. — Mehrliche Nachrichten kommen aus Dänemark und Belgien.

Angekommene Fremde.

Boien, 26. November.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Majore Lampel und Frau aus Worms, Schmidt und Frau aus Götting, die Hauptleute v. Fühl aus Gießen a. D., Parisius und Frau aus Lissa, die Br.-Lts. Kadelbach aus Kottbus und Helling aus Lagnowitz, die Sek.-Lts. Junt aus Kottbus und Schulz aus Lissa, die Rittergutsbesitzer v. Dulong aus Witaszyce, Bafe und Frau aus Neudorf, Helling mit Familie aus Lagnowitz, Frau Keller und Tochter aus Wladimir, Frau v. Martini aus Lufowo und Helling aus Guntow, Sanitätsrath Dr. Hausleutner und Tochter aus Grünberg, Rgl. Bankdirektor a. D. Gravenstein und Bankier Sommerfeld aus Berlin, Bankdirektor Heymann und Direktor Guttmann aus Breslau, Direktor Angele aus Bronislaw, Ingenieur Oljzewski und Frau Oberstabsarzt Riebel aus Berlin, Dr. Jerusalem und Familie aus Lichtensfelde, Gerichtsassessor Hausleutner aus Grünberg, die Kaufl. van Dsch aus Paris, Nagelschmidt aus Berlin, Stumpe aus Barmen und Bergel aus Breslau, Jrl. Mehlgaußen aus Berlin.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Bniniski aus Czarnowice, Jatzewski aus Orlowa, Olskowsky aus Kurland, Choslowski aus Wladimir, die Kaufleute Sehnert aus Lyon, Maniewicz aus Breslau, Levy aus Berlin, Rentier Karasniowski aus Galizien.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Rittergutsbesitzer Winter aus Blatzki, die Rentiers Frau Schreiber mit Schwester aus Schrimm und v. Jagow aus Berlin, Kreisinspektor Elbrecht aus Bubewitz, Direktor Tiemann aus Berlin, die Kaufleute Stein, Kahl, Jürges, Müller, Marcus und Michaelis aus Berlin, Mandel und Meßberg aus Breslau, Kluge aus Köln, Lange aus Plauen, Lubbeck aus Benthien, Levy aus Oldenburg, Girich aus Bül, Unruh aus Leipzig, Renn aus Darmstadt, Elssner aus Frankfurt a. M., Tranholz aus Gera.

Stern's Hotel de l'Europe. Direktor Schrader aus Breslau, Oberlehrer Jmmich aus Breslau, Baumeister Buchholz aus Wittenberge, Gutsbesitzer Kempf aus Stolp, Advokat Wilczynski aus Krakau, Fabrikant Seefeld aus Braunschweig, Privatier Wöldecke aus Liegnitz, die Kaufleute Ruben aus Elbing, Dohndorf aus Viefelsfeld, Trammitz aus Leipzig, Tadmänn aus Landsberg, Hantisch aus Wandsefel.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Rittergutsbesitzer v. Dobrycki aus Babilin, die Rentiers Dr. Hejnowicz aus Ponzik und Wozdki aus Schrimm, Propst Dinski aus Swiatowo, Frau Rentiers Thiele aus Berlin, die Kaufleute Rio aus Hamburg und Löwenthal aus Berlin, Professor Klus aus Krakau, Baumeister Stabrowski aus Gryn.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Kortum aus Gr.-Glogau, Gehmann aus Pforzheim, Korich aus Berlin, Claus aus Leipzig, Bauer aus Nollhofen, Graupe aus Breslau, Geschäftsführer Flemme aus Neutomischel, Baumeister Gutisch aus Bries und Gutsverwalter Heyn aus Kunari.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Abram aus Pinne, Lewin aus Rogowo, Frau Bernstein aus Schrimm, Frau Neustadt aus Inowrazlaw, Schotz mit Familie aus Brieschen, Rabbinder Dr. Cohn aus Gryn.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Simon, Bussleb und Arnstein aus Berlin, Viebel aus Breslau, Frank aus Magdeburg, v. Prayzinski aus Grotzow, Dittenhöfer aus Kronach in Bayern, Schistan aus Ratibor, Schmidt aus Dresden und Guth aus Liegnitz, Ingenieur Gierke aus Magdeburg.

Theodor Jahn's Hotel garni. Die Kaufleute Beder und Weißmann aus Breslau, Wehren aus Köln, Hinge aus Berlin und Ristenmacher aus Stettin und Versicherungs-Inspektor Wagner aus Breslau.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufl. Daechel aus Berlin und Cohn aus Breslau, Kulturtechniker Wünderich aus Kroitzschin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel. Die Kaufl. Sommerfeld aus Stralsund und Delin aus Mainz, Ofenfabrikant Groß aus Zintenherd.

Handel und Verkehr.

Wien, 22. Nov. Ausweis der Karl-Ludwigsbahn (gesamtes Netz) vom 11. bis 20. Novbr. 268 059 Zl., Mehreinnahme 12 900 Zl., die Einnahmen des alten Netzes betrugen in derselben Zeit 209 476 Zl., Mehreinnahme 9 300 Zl.

Wien, 22. Nov. Ausweis der Südbahn in der Woche vom 12. November bis 18. November 826 413 Zl., Mindereinnahme 51 498 Zl.

Wien, 22. Nov. Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn in der Woche vom 12. November bis 18. November 918 159 Zl., Mehreinnahme 74 704 Zl.

Paris, 25. Nov. Gerichte aus Buenos-Ayres melden, an der dortigen Börse hätten solche Streitigkeiten stattgefunden, daß die Polizei einschreiten mußte. Auch hätten einige Bankiers ihre Kassen geschlossen.

Buenos Ayres, 25. Nov. Ein Dekret des Präsidenten verbietet die Notirung des Goldagio an der hiesigen Börse und verpflichtet die Aussteller von Wechseln, die Beträge von Wechseln auf Europa in Papier auszustellen. — Die hiesigen Journale beurtheilen diese Maßregel günstig.

Marktberichte.

Breslau, 25. Novbr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. —, Etr., abgelaufene Kündigungsscheine. — Per November 177,00 Br., November-Dezbr. 176 Br., Dezbr.-Januar —, April-Mai 166 Gd. — Hafer (per 1000 Kilogr.) — Per November 132,00 Gd., November-Dezember 131,00 Gd., April-Mai 132,00 Gd. — Rübsöl (per 100 Kilogramm) — Per November 60,00 Br., Novbr.-Dezbr. 59,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe. Per November (50er) 59,60 Gd., (70er) 40,00 Gd., Novbr.-Dezbr. 40,00 Gd., April-Mai 41,00 Gd. — Zinf. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1890.

Datum	Barometer auf 0 (Gr. red. in mm; 66 m Seeshöhe)	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad
25. Nachm. 2	745,9	ND stürmisch	bedeckt	-9,0
25. Abends 9	751,1	ND stark	trübe	-12,6
26. Morgs. 7	755,2	ND stürmisch	bedeckt	-12,9

¹⁾ Vormittags Schnee. ²⁾ Nachts Schnee.

Am 25. Novbr. Wärme-Maximum + 1,6° Cels.

Am 25. Wärme-Minimum - 12,5°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. Novbr. Morgens 1,90 Meter

25. Mittags 1,92

26. Morgens 1,94

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 25. Nov. Rubig. 3 1/2%ige L.-Pfundbriefe 96,80, 4%ige ungarische Goldrente 89,50, Konfolidirte Türken 17,90, Türkische Loose 78,00, Breslauer Diskontobank 104,50, Breslauer Wechselbank 104,00, Schlesischer Bankverein 122,75, Kreditaktien*) 163,75, Donnersmarchhütte 80,05, Oberschlesische Eisenbahn 89,75, Oppelner Zement 117,00, Kramsta 132,00, Laurahütte 134,75, Verein. Delfabr. 96,50, Desterreichische Banknoten 177,25, Russische Banknoten 238,00. *) per ultimo.

Schles. Zinkaktien 196,00, Oberschles. Portland-Zement 121,00, Archimedes —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,25, Flöthner Maschinenbau 117,50.

Frankfurt a. M., 24. Novbr. Effekten = Sozietät (Schluß). Kreditakt. 259 3/4, Franzosen 212 1/4, Lombarden 116 3/4, Galizier —, Egypter 96,40, 4% ungar. Goldrente 89,20, 1880er Russen —, Gotthardbahn 157,10, Diskontokommandit 205,50, Dresdner Bank 150,00, Laurahütte 136,00, Gelsenkirchen 168,00, Courl Bergwerk —, Griechische Monopol-Anleihe —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —, Mexikaner —, Argentinier —, Tabaksaktien 154,10, Schwächer.

Privatdiskont 5 3/4 Prozent.

Hamburg, 25. Novbr. Gold in Barren per Kilogr. 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilogr. 141,00 Br., 140,50 Gd.

Wien, 25. Nov. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 349,50, österr. Kreditaktien 294,25, Franzosen 241,60, Lombarden 133,75, Galizier 201,75, Nordwestbahn 217,50, Elbethalbahn 224,75, österr. Papierrente 88,05, do. Goldrente 107,85, 5proz. ungar. Papierrente 99,25, 4proz. do. Goldrente 101,20, Marknoten 56,52 1/2, Napoleons 9,11, Bankverein 116,25, Tabaksaktien 133,75, Alpine Montan 92,30, Unionbank 237,00, Pänderbank 220,60, Lufilos.

London, 24. Novbr. Abends. Preussische Consols 104, engl. 2 1/2proz. Consols 95 3/4, fonz. Türken 17 3/4, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 97 3/4, Italiener 92 1/4, 4proz. ungarische Goldrente 89 1/4, 4proz. unific. Egypter 94 1/4, Ottomanbank 13 3/4, 6proz. konsol. Mexikaner alte 91 1/4, neue Mexikaner 2 1/2proz. verde, Silber 47 1/4, Lombarden —, 3 1/2proz. Egypter 91 1/4, De Beers —, Rio Tinto —, Suezaktien —, Kupfers 80 1/4.

In die Bank flossen heute 503 000 Pfund Sterl.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,76, Wien 11,75, Paris 25,59, Petersburg 27 1/8.

Petersburg, 25. Novbr. Wechsel auf London 85,00, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 105 1/4, do. Bank für auswärtigen Handel 270 1/2, Petersburger Diskontobank 587, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 487, Russ. 4 1/2proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 136 1/2, Große Russ. Eisenbahn 213, Kurlst.-Kiew-Aktien —, Russ. Südwestbahn-Aktien 110 1/4.

Rio de Janeiro, 24. Nov. Wechsel auf London 22 1/2.

Produkten-Kurse.

Danzig, 25. Nov. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, Umsatz 100 Ton., do. bunt und hellfarbig —, do. hellbunt —, do. hochbunt und glasiert 195—196, per April-Mai Transit 150,50, per Juni-Juli Transit 152,50, Roggen loco ungehandelt, inländischer per 120 Pfund —, do. polnischer oder russischer Transit —, do. per April-Mai 120 Pfund Transit 119,00, do. per Juni-Juli —, Gerste große loco 150—158, Gerste kleine loco —, Hafer loco —, Erbsen loco —, Spiritus per 10 000 Lit.-Proz. loco kontingentirt 60,00, nichtkontingentirt 40,50, Wetter: Frost.

Köln, 25. Nov. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00, do. fremder loco 22,00, per November 20,40, per März 19,55, Roggen hiesiger loco 17,50, fremder loco 19,25, per November 18,15, per März 17,15, Hafer hiesiger loco 15,00, fremder 17,00, Rübsöl loco 63,50, per Mai 59,10.

Bremen, 25. Nov. Petroleum. (Schlußbericht) still, Standard white loco 6,25 Br. Aktien des Norddeutschen Lloyd 144 1/2 bez. Norddeutsche W. Kammerlei 195 Br.

Hamburg, 25. Nov. Br. fermart (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Uance, frei am Bord Hamburg per Nov. 12,30, per Dez. 12,30, per März 1891 12,85, per Mai 13,22 1/2, Matt.

Hamburg, 25. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Novbr. —, per Dezbr. 83 3/4, per März 77, per Mai 75 1/4, Rubig.

Hamburg, 25. Novemb. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinscher loco —, neuer 184—195, Roggen loco rubig, meckl.-Surg. loco neuer 178—188, russischer loco rubig, 183—186, Hafer rubig. — Gerste rubig. — Rübsöl (unverzollt) fest, loco 59, Spiritus fest, per November 29 1/2, per Novbr.-Dezbr. 29 Br., per Dezember-Januar 29 Br., per April-Mai 29 Br. Kaffee rubig. Umsatz —, Saft. Petroleum rubig. Standard white loco 6,30 Br., per Dezemb. 6,20 Br. Wetter: Schnee.

